

3/90 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Volker Rühle nach Bundesvorstandssitzung:

Wir müssen den Partner in der DDR sehr sorgfältig wählen

In einer intensiven und ausführlichen Diskussion hat der Bundesvorstand der CDU am Dienstag, 23. Januar 1990, vor allem über die Kontakte zu den Parteien in der DDR beraten. In der rund fünfständigen Debatte wurde außerdem in Form einer Zwischenbilanz über die laufenden Unterstützungsmaßnahmen der Landesverbände und einzelner Kreisverbände berichtet. Übereinstimmende Auffassung des Bundesvorstandes war es, daß sich in der DDR eine Allianz der christlichen liberalen und konservativen Kräfte bilden sollte.

In einer Pressekonferenz in Bonn sagte Generalsekretär Volker Rühle:

„Helmut Kohl gilt bei unseren Landsleuten in der DDR als Kanzler der Deutschen, der über seinen Zehn-Punkte-Plan Deutschland wieder zusammenführt. Die Politik der Union überzeugt die Menschen in der DDR. Angesichts dieses Gewichts und angesichts der Bedeutung unserer Entscheidung für die Unterstützung einer bestimmten Gruppierung müssen wir unseren Partner in der DDR sehr sorgfältig wählen.

Es geht im übrigen nicht nur um die ersten freien Wahlen in diesem Jahr, sondern um die zukünftigen politischen Strukturen in einem Gesamtdeutschland

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Europa

Helmut Kohl in Paris:
„Europa ist unser Schicksal!“
Dazu Ausführungen des Kanzlers zu Grenzfragen mit Polen.
Seite 5

● Bundestag

In der deutschlandpolitischen Debatte erklärte Generalsekretär Volker Rühle: „Wer jetzt noch vom Sozialismus träumt, verstärkt die Flüchtlingswelle aus der DDR.“ Seite 11

● Gesundheitsreform

Norbert Blüm im Deutschen Bundestag: Gewinner der Reform sind die Beitragszahler.
Seite 15

● Steuerreform

Arbeitnehmer haben auf ihrem Lohn- und Gehaltskonto deutlich mehr Geld — dank der Steuerreform. Werbematerialien zum Weitergeben. Seite 23

● Dokumentation

Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

und schon deswegen muß es eine sehr sorgfältige Entscheidung sein. Wir wollen nicht einfach nur eine Partei benennen und dann für sie Punkte sammeln. Wir wollen, daß die Menschen in der DDR eine klare Alternative zu dem Sozialismus der SED bekommen, leider müssen wir feststellen, daß die neue SPD aufgrund ihres Bekenntnisses zum demokratischen Sozialismus letztlich nur eine Variante ist, aber nicht die klare Alternative zum Sozialismus, die sich glaubwürdig für Soziale Marktwirtschaft und glaubwürdig für die deutsche Einheit einsetzen kann. Deshalb brauchen die Menschen in der DDR ein breites Bündnis der christlichen liberalen und konservativen Parteien, eine demokratische Union aus der in der DDR auch eine Volkspartei erwachsen kann, wie das die CDU in der Bundesrepublik geworden ist.

Nur auf den ersten Blick haben es die Sozialdemokraten derzeit leichter, weil sie einen Partner ihres Namens in der DDR gefunden haben, den sie selbst massiv organisatorisch unterstützt und zustandegebracht haben. Aber auch die SPD-Ost ist noch nicht gefestigt. Schon jetzt zeichnen sich starke Unterwanderungsbestrebungen durch die SED ab.

Die christlichen, liberalen und konservativen Kräfte waren in den vergangenen 40 Jahren in der DDR die Verfolgten und Unterdrückten, während den Menschen Sozialismus und linkes Gedankengut eingehämmert worden sind. Heute sind die Christlichen und Konservativen in der DDR noch in einem Selbstfindungsprozeß. Das Parteiensystem ist noch nicht erstarrt, sondern befindet sich noch in der Entwicklung. Der Bundesvorstand hat in seiner Diskussion deutlich gemacht, welche Entwicklung wir vorziehen würden und auch versuchen mitherbeizuführen. Es gibt bereits eine Reihe von Gruppie-

rungen, die glaubwürdig sind und die für die Zukunft stehen, die den Reformprozeß fördern können, wie der Demokratische Aufbruch, die DSU oder auch die Deutsche Forumspartei. Auch die Ost-CDU hat in ihren Reihen junge Reformer, die vor allem an der Basis die Erneuerung der Partei vorantreiben.

Wichtig ist jetzt, daß der Wählerwille in der DDR nicht durch eine Aufsplitterung der christlichen, liberalen und konservativen Kräfte ins Leere läuft, während sich auf der anderen Seite mit der SPD eine geschlossene, aber neue Variante des Sozialismus zu formieren versucht. Die CDU Deutschlands steht bereit, eine Allianz der Kräfte, die die Politik des Bundeskanzlers in unserem Sinne vertreten, massiv zu unterstützen. Das Präsidium der CDU hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die auch schon einige Male zusammengetreten ist, die diese Hilfe konkret vorbereitet. Die Landesverbände haben inzwischen eine intensive Zusammenarbeit mit einzelnen Gruppierungen begonnen. Jetzt müssen sich die christlich konservativen Parteien in der DDR zu einer Allianz entschließen. Die Zeit ist knapp, nicht nur wir die CDU, sondern auch die politischen Kräfte in der DDR stehen vor einer historischen Herausforderung.

Lafontaine macht Stimmung gegen unsere Landsleute

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt ansprechen, der in den Beratungen des Bundesvorstands eine wichtige Rolle gespielt hat. Mit Sorge hat der Bundesvorstand die anhaltenden Versuche des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine registriert, mit dem Appell an Neidgefühle und dumpfe Stimmungen gegenüber deutschen Aus- und Übersiedlern Stimmen zu fangen. Lafontaine

Beste Umfrage-Werte für die von Helmut Kohl geführte Regierung

Helmut Kohls Deutschlandpolitik scheint sich auszuzahlen. Bei einer Direktwahl bekäme er 53 Prozent der Stimmen, ergab eine Umfrage von Infas. Für die Bundesregierung gibt es die besten Werte seit 1983. 17 Prozent der Befragten sind uneingeschränkt zufrieden, 45 Prozent sagen „eher gut“. Nach einer Emnid-Umfrage würde die CDU bei Wahlen am kommenden Sonntag 41 Prozent der Stimmen, die FDP neun, die SPD 38, die Grünen acht, die Republikaner drei und sonstige zwei Prozent erreichen.

Bei der Sonntagsfrage (Projektion) im „Politbarometer“ des ZDF vom Montag, 22. 1. 1990, entfielen auf CDU/CSU 41 Prozent, FDP 8 Prozent, SPD 38 Prozent, Grüne 8 Prozent und Republikaner 4 Prozent der Stimmen. Bei einem solchen Wahlergebnis bliebe es bei einer Mehrheit für die gegenwärtige Regierungskoalition.

Auf die Frage „Wer gewinnt die Bundestagswahl 1990?“ antworteten: Union 39 Prozent, Union + FDP 13 Prozent, SPD 29 Prozent, SPD + Grüne 4 Prozent.

Insgesamt also glauben 52 Prozent der Befragten, daß die jetzige Bonner Koalition die nächste Bundestagswahl gewinnen wird. 33 Prozent glauben an einen Sieg der Oppositionsparteien.

mobilisiert Republikaner, um selbst an die Macht zu kommen, das zeigen auch die Umfrageergebnisse auf der Bundesebene. Es geht eben nicht um eine Entlastung der Sozialausgaben, denn dann sollte die SPD unsere Bemühungen, gegen die große Zahl von Scheinasylanten vorzugehen, unterstützen. Wer aber, wie Lafontaine, deutsche Aus- und Übersiedler ausgrenzt, Stimmung gegen unsere Landsleute macht, nimmt die Dynamik aus dem Einigungsprozeß und genau das ist auch Lafontaines Absicht. Er will das neue Wir-Gefühl der Deutschen zerstören, weil er sich bis heute nicht mit der deutschen Einheit abgefunden hat. Wir in der Bundesrepublik dürfen weder ausländerfeindlich noch deutschenfeindlich sein. Lafontaines Ideologie aber ist ausländerfreundlich und deutschenfeindlich. Es kann niemandem erklärt werden, warum Lafontaine bis zum heutigen Tage

ein offenes Herz hat für Scheinasylanten aus der ganzen Welt und warum er seit einigen Wochen diese Kampagne gegen deutsche Über- und Aussiedler fährt. Die CDU jedenfalls wird nicht zulassen, daß er ausgerechnet unsere Landsleute ausgrenzt und gegen die Solidarität aller Deutschen arbeitet, die wir gerade in dieser historischen Stunde in besonderem Maße brauchen.“ ■

Wie ein zukünftiges Deutschland schließlich aussehen wird, weiß heute niemand.

Wir stehen erst am Anfang eines langen Prozesses, der viel Geduld, Augenmaß und ein vernünftiges Miteinander erfordert.

Daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen — dessen bin ich sicher.

Helmut Kohl

Bundeshaushalt 1989:

Konsolidierungskurs konsequent weiter verfolgen

Der Jahresabschluß des Etats 1989 unterstreicht die solide Haushaltspolitik des Bundes. Markenzeichen dieser Politik ist die seit Jahren betriebene sparsame Ausgabengestaltung. Von 1982 bis 1989 stiegen die Ausgaben im Jahresdurchschnitt lediglich um 2,5 Prozent, das war nur halb so viel wie die entsprechende Zunahme des Brutto- sozialprodukts.

Die Einnahmen, insbesondere die Steuereinnahmen, nahmen kräftig zu. Dies ist Ausdruck der hervorragenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Im vergangenen Jahr hatten wir

- mit einem Zuwachs des realen Brutto- sozialprodukts von vier Prozent den höchsten Anstieg seit zehn Jahren,
- mit 9,5 Prozent den höchsten Anteil der realen Ausrüstungsinvestitionen am Sozialprodukt seit Bestehen der Bundesrepublik,
- mit jahresdurchschnittlich 343.000 zusätzlich Beschäftigten den größten Beschäftigungszuwachs seit zehn Jahren,
- trotz der starken Zunahme der Erwerbspersonen durch Aus- und Übersiedler von über 700.000 den stärksten Rückgang der Arbeitslosenzahl (204.000) seit 30 Jahren.

Diese Zahlen unterstreichen — so **Jochen Borchert**, Haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion —, daß unsere Finanzpolitik, die durch Konsolidierung, Verringerung des Staatsanteils sowie durch Steuersenkungen für Bürger und Wirtschaft gekennzeichnet ist, die Angebotsbedingungen der Volks-

wirtschaft verbessert und die Selbstfinanzierungskräfte der Sozialen Marktwirtschaft gestärkt hat.

Erstmals seit 15 Jahren belief sich der Schuldenzuwachs des Bundes im vergangenen Jahr auf 14 Milliarden Mark. Die Nettokreditaufnahme im Haushaltsabschluß liegt mit 19 Milliarden Mark höher, da fünf Milliarden Mark vom Bundesbankgewinn zur Tilgung von Alt- schulden verwendet wurden.

Der gute Haushaltsabschluß 1989 darf aber nicht den Blick dafür verstellen, daß der Konsolidierungskurs weiter zu verfolgen ist. Denn trotz der erheblichen Konsolidierungserfolge ist die Zinsquote aufgrund der Schuldenpolitik der 70er Jahre nach wie vor zu hoch.

Zitat

Die Veränderung in der DDR und den anderen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas wäre mit Sicherheit nicht eingetreten, ohne den Informationsfluß über die Grenzen, über Mauern, Stacheldraht hinweg.

Die Macht der Information und nicht die Macht der Waffen hat mit dazu beigetragen, das Tor zu den Reformen zu öffnen. Abschotten, einigeln, Desinformation und bloße Propaganda haben keine Chance, wenn die Antennen auf Freiheit gerichtet sind.

Helmut Kohl beim Festakt zum Jubiläum der Deutschen Bundespost

Helmut Kohl in Paris:

Europa ist unser Schicksal

Bundeskanzler Helmut Kohl hielt im Rahmen einer Konferenz des „Bureau International de Liaison et de Documentation“ und des „Institut Francais des Relations Internationales“ im „Centre de Conferences Internationales“ in Paris am 17. Januar 1990 zum Thema „Die deutsche Frage und die europäische Verantwortung“ eine Rede, aus der wir folgende Auszüge zitieren:

„Die deutsche Frage steht unübersehbar auf der Tagesordnung der europäischen und internationalen Politik. Und es sind nicht in erster Linie die Politiker und Diplomaten, die dies bewirkt haben, sondern die Menschen, die in Leipzig, Berlin und Dresden auf die Straße gegangen sind.

Daß die deutsche Frage nicht erledigt war, konnte nie zweifelhaft sein. Denn die Teilung Deutschlands — wie die Teilung Europas — war von außen aufgezungen und konnte nicht das letzte Wort der Geschichte sein.

Mit dem Abbau der Ost-West-Konfrontation und dem demokratischen Aufbruch in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas tut sich jetzt erstmals die realistische Chance auf, beides — die Teilung Europas und die Teilung Deutschlands — friedlich zu überwinden.

Diese Aufgabe — und daran möchte ich keinen Zweifel lassen — werden wir nur gemeinsam bewältigen können.

Ein nationaler Alleingang zur Lösung der deutschen Frage wäre vermessen und zum Scheitern verurteilt. Ebenso verhängnisvoll wäre aber, wenn auf dem schwierigen Weg, den wir vor uns haben, an die Stelle von Vertrauen Mißtrauen und in

die gegenseitigen Absichten Zweifel treten würden.

Wir Deutschen wollen diesen Weg vor allem auch zusammen mit Frankreich gehen, mit dem uns eine enge und kostbare Freundschaft verbindet. Dabei bin ich mir durchaus bewußt, daß die jetzt in Gang gekommene Entwicklung in Frankreich — wie bei anderen europäischen Nachbarn — auch besorgte Fragen aufwirft. Und es ist sicher nicht nur das Tempo, das manchem bedenklich scheint. Im Hintergrund steht auch — und da sollten wir offen und ehrlich miteinander sein — die Erinnerung an die Geschichte.

Wir Deutschen können und wollen diese Last der Geschichte nicht einfach abwerfen. Aber niemand sollte zugleich außer acht lassen, daß das demokratische und freiheitliche Deutschland in über 40 Jahren den Beweis erbracht hat, daß die Deutschen aus der Vergangenheit gelernt haben.

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute untrennbar mit dem freien und demokratischen Europa verschmolzen, und es wird auch künftig nicht darum gehen, nationalstaatliche Strukturen des 19. Jahrhunderts zu restaurieren.

Die „deutsche Herausforderung“, die eine große Pariser Tageszeitung kürzlich beschwor, ist in Wirklichkeit eine europäische Herausforderung.

Dieser Herausforderung sollten wir uns als Europäer gemeinsam stellen. Es liegt in unserer gemeinsamen europäischen Verantwortung, mit Weitblick und Beharrlichkeit an die Lösung der vor uns liegenden Aufgaben heranzugehen.“

Und weiter erklärte der Kanzler:

„Die Bewegung, die Europa verändert, wird sobald nicht zum Stillstand kommen. Nicht alles, was noch auf uns zukommt, läßt sich heute schon übersehen. Aber eines ist gewiß: Europa wird vielfältiger, auch umfassender. Hierauf gilt es sich einzustellen.

Es genügt nicht, wenn wir nur skeptisch abwarten. Nicht nur unsere eigenen Bürger, auch die Menschen im östlichen Teil unseres Kontinents erwarten von uns eine Antwort auf die Frage, wie das Europa der Zukunft aussehen soll.

Lassen Sie mich hierzu drei grundsätzliche Anmerkungen machen:

Erstens: Es gilt zunächst unsere Rolle richtig einzuschätzen. Nicht der Westen entscheidet über Erfolg oder Mißerfolg der Reformprozesse in der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes, sondern hierüber entscheiden in erster Linie die Menschen und die politischen Kräfte in diesen Ländern selbst.

Es ist allerdings zugleich unsere Pflicht, sie auf dem Weg zu Freiheit, Menschenrechten und Selbstbestimmung zu ermutigen und zu unterstützen.

Es wäre aber politisch unklug — ja kontraproduktiv — wenn jemand den Eindruck erwecken würde, als wollten wir diese Reformprozesse vom Westen her steuern oder diese Länder in unsere politische Obhut nehmen. Sie müssen selbst darüber befinden, wie sie ihr künftiges Verhältnis zum freien Europa gestalten wollen.

Unklug wäre es auch, wenn man in die Diskussion über die Stellung der einzelnen osteuropäischen Staaten gegenüber der Sowjetunion oder die künftige Gestalt des Warschauer Paktes oder des RWG eingreifen würde.

Zweitens: Wir können aber unseren Beitrag zum Gelingen der Reformpolitik

dadurch leisten, daß wir die Rahmenbedingungen, die die bisherigen Veränderungen begünstigt haben, aufrechterhalten und weiter verbessern.

Hierzu gehören die konsequente Fortsetzung des politischen Dialogs zwischen West und Ost — und zwar sowohl im multilateralen Rahmen als auch auf bilateraler Ebene sowie weitere energische Schritte auf dem Gebiet von Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Ein Kernproblem für das Gelingen der Reformen wird die allmähliche Überwindung der wirtschaftlichen Krise sein, von der die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas — wenn auch mit unterschiedlicher Intensität — heimgesucht werden.

Wir können zwar nur „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten, aber diese sollte eingebettet sein in eine umfassende Strategie wirtschaftlicher, technologischer und finanzieller Zusammenarbeit.

Drittens: Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Entwicklung im Osten auch die nationalen Identitäten wieder stärker zum Tragen bringt. Darin manifestiert sich auch wiedergewonnene Freiheit, und das sollten wir nicht kritisieren. Aber zugleich gilt, daß das künftige Europa nichts weniger als den Rückfall in die Denk- und Verhaltensmuster von gestern oder vorgestern verträgt.

Unsere Antwort hierauf muß sein, daß wir die Europäische Gemeinschaft konsequent und energisch fortentwickeln. Es kann für uns zu keinem Zeitpunkt darum gehen, den Integrationsprozeß der Europäischen Gemeinschaft zu verlangsamen oder gar umzukehren, denn wir würden damit die entschiedene Karte verspielen, die wir haben, um dem sich anbahnenden gesamteuropäischen Prozeß Halt zu verleihen...

„Dieses Konzept — so Helmut Kohl weiter — läuft auf ein organisches Zusammenwachsen der beiden deutschen Staa-

ten hinaus — eine Entwicklung, die in der Kontinuität deutscher Geschichte liegt.

Wie Deutschland am Ende dieses Prozesses schließlich aussehen wird, vermag heute niemand zu sagen.

Nur: Es sollte auch niemand versuchen, diesen friedlichen Prozeß mit Bedingungen zu verknüpfen, die letztlich darauf hinauslaufen würden, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen auszuhöhlen.

Denn — und da wissen wir uns in Frankreich, dem Land, von dem die europäische Freiheit ihren Ausgang nahm, sehr wohl verstanden — zur Freiheit der Deutschen gehört wesentlich das Recht selbst zu bestimmen, wie ihre politische Zukunft aussehen soll.

Ich bin daher Staatspräsident Mitterrand sehr dankbar, der sich hierzu wiederholt, zuletzt bei unserem Zusammentreffen in Latche, deutlich geäußert hat.

In seiner Tischrede in Ost-Berlin hat Staatspräsident Mitterrand daran erinnert, daß das Streben nach Einheit seine Wurzeln in der Geschichte hat und daß es vor allem Sache der Deutschen ist, in Freiheit über ihr künftiges Schicksal zu entscheiden.

Dies ist in der Tat der Kernpunkt: Die Menschen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR müssen das Recht und die Möglichkeit haben, selber frei über die Frage zu entscheiden, ob sie in einem deutschen Staat leben wollen oder nicht.

Wir Deutschen sind uns unserer Mitverantwortung für Frieden und Sicherheit in Europa bewußt. Dabei haben wir allerdings auch stets betont, daß Sicherheit nicht nur aus militärischem Potential erwächst.

Wesentlicher Faktor der Sicherheit sind auch die politischen Verhältnisse in Europa. Auf Mauer und Stacheldraht

läßt sich daher Stabilität ebenso wenig gründen wie auf einer Politik, die Freiheit und Demokratie unterdrückt.

Diesen Teil des „Status quo“ zu überwinden, bedeutet daher keine Gefahr für die europäische Sicherheit — im Gegenteil: Jeder gelungene Reformschritt bedeutet für ganz Europa einen Zugewinn an Stabilität und Sicherheit.

Nicht alle Fragen, die sich angesichts der jetzt in Gang gekommenen Entwicklung stellen, lassen sich heute bereits abschließend beantworten. Ebenso wenig können wir heute schon alle Fragen abschließend regeln, die sich bei einer Wiedervereinigung stellen würden.

Für unsere Nachbarn steht dabei naturgemäß die Frage der künftigen Grenze bereits abschließend beantwortet. Ebenso wenig können wir heute schon alle Fragen abschließend regeln, die sich bei einer Wiedervereinigung stellen würden.

Für unsere Nachbarn steht dabei naturgemäß die Frage der künftigen Grenzen eines gesamtdeutschen Staates im Mittelpunkt ihres Interesses.

Hierzu möchte ich zunächst in aller Deutlichkeit sagen: Kein politisch Verantwortlicher in der Bundesrepublik Deutschland, keine ernst zu nehmende politische Gruppierung träumt von einem „Großdeutschland“, wie dieser unselige Begriff aus einer unseligen Epoche lautet.

Schon von daher ist die Diskussion, die hierüber — nicht zuletzt bei uns — geführt wird, künstlich, ja überflüssig. Manche Debattenbeiträge tragen allzu deutlich den Stempel des beginnenden Wahlkampfes.

Lassen Sie mich zwei klare Feststellungen auch hier und heute treffen:

1. Zur Rechtslage:

Die Bundesrepublik Deutschland und Polen bekräftigen im Warschauer Vertrag

von 1970 „die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden“.

Gleichzeitig stellen beide Seiten fest, dieser Vertrag berühre „nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen“.

Ähnliche, zum Teil gleichlautende Feststellungen enthält der zuvor unterzeichnete Moskauer Vertrag.

In beiden Verträgen hat die damalige Bundesregierung der Tatsache Rechnung getragen, daß es keinen Friedensvertrag gibt und daß die Bundesrepublik Deutschland nicht als gesamtdeutscher Souverän, sondern nur im eigenen Namen handeln kann. Für die heutige Bundesregierung stellt sich diese Lage nicht anders dar.

Im übrigen darf ich auch erwähnen, daß in dem bereits zitierten Artikel 7 des Deutschlandvertrages von 1952/54 einvernehmlich festgestellt wird, „daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands“ bis zu einer freivereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß.

2. Zur politischen Seite:

Eine andere Frage ist, wie die Deutschen, deren demokratischer Wille die Haltung einer künftigen gesamtdeutschen Regierung binden würde, in ihrer zweifellos überwältigenden Mehrheit hierüber denken. Die Deutschen — und hieran sollte niemand zweifeln — haben nicht die Absicht, im Europa von morgen eine Grenzdiskussion vom Zaun zu brechen,

die die europäische Friedensordnung, die wir gemeinsam anstreben, gefährden müßte.

Die Deutschen wollen eine dauerhafte Aussöhnung mit ihren polnischen Nachbarn, und dazu gehört auch, daß die Polen die Gewißheit haben müssen, in sicheren Grenzen zu leben. Niemand will eine zweite Vertreibung nach den Schrecken der Vertreibung, die die Deutschen an ihrem eigenen Leib erfahren haben.

Niemand will daher die Frage der Einheit der Nation verbinden mit der Verschiebung bestehender Grenzen — Grenzen, die in einem künftigen Europa der Freiheit an Bedeutung verlieren werden.

Gerade auch die deutschen Vertriebenen haben sich immer wieder zum Gewaltverzicht bekannt. Mit ihrer „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, verabschiedet am 5. August 1950 in Stuttgart, haben sie Rache und Vergeltung eine klare Absage erteilt und sich ausdrücklich zu einem geeinten Europa bekannt, „in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“.

Denn in der Tat: Wir können das Europa von morgen nicht bauen, wenn wir den Teufelskreis von Haß und Gewalt, von Unrecht und Vertreibung nicht durchbrechen.

Die Bundesrepublik Deutschland steht ohne Wenn und Aber zu ihrer europäischen Verantwortung — denn gerade für uns Deutsche gilt: Europa ist unser Schicksal!

Wahlsieg für die Insel-CDU

Strahlende Siegerin der Wahlen zum Gemeindeparlament der Insel Wangerooge ist die CDU: mit 39,7 Prozent konnte die Union ihr Ergebnis von 1986 wieder steigern und ist nunmehr stärkste politische Kraft. Hingegen endeten die Wahlen für die SPD mit erdrutschartigen Verlusten.

Rudolf Seiters:

Wahlgesetz und Chancengleichheit sind die wesentlichen Prüfsteine

Bundesminister Rudolf Seiters erklärte in der deutschlandpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages am 18. Januar 1990 u. a.:

Wir haben in Deutschland in den vergangenen Monaten viel erreicht:

- Mauer und Grenze sind geöffnet.
- Visumzwang und Zwangsumtausch sind aufgehoben.
- Wir haben endlich freien Reiseverkehr von West nach Ost und von Ost nach West.
- Das Brandenburger Tor ist offen.

An diesen elementaren Ergebnissen hat auch die Bundesregierung ihren Anteil — durch eine ebenso standfeste wie behutsame Politik. Ich erinnere an den erfolgreichen Besuch des Bundeskanzlers in Dresden, seine Gespräche mit Ministerpräsident Modrow und Vertretern der Opposition, vor allem aber auch an seine Rede an die Menschen vor der Ruine der Frauenkirche und die Reaktionen der Bevölkerung. Der ganze Ablauf dieses Besuchs hat den Willen und die Bereitschaft der Bundesregierung unterstrichen, unseren Landsleuten in der DDR zur Seite zu stehen und gleichzeitig deutlich gemacht: Wir gehören zusammen.

Ich erinnere an die Öffnung des Brandenburger Tores zwei Tage vor Weihnachten mit Bildern, die um die Welt gegangen sind, und an die Silvesternacht in Berlin, die viele Stunden lang geprägt war von der Hochstimmung der Menschen, die damals, bei der Jahreswende von 1989 auf 1990, ihren Höhepunkt erreichte. In

diesen Stunden haben die Menschen die Teilung der Stadt aufgehoben.

Heute stehen wir wieder an einem kritischen Punkt. Das Klima in der DDR hat sich verändert. Neues Mißtrauen gegenüber der Staatsführung ist entstanden. Auch wir haben mit großer Sorge verfolgt, wie die SED ganz offenkundig versuchte, ihre Machtposition neu zu zementieren. So strebte sie kaum verhüllt und mit fadenscheiniger Begründung an, den restlos diskreditierten Staatssicherheitsdienst unter anderem Etikett weiter agieren zu lassen.

Der erste Entwurf für ein Wahlgesetz hätte den Oppositionsparteien bei den Wahlen keine faire Chance gegeben. Die ersten Schritte zu Wirtschaftsreformen kann man allenfalls als halbherzig bezeichnen. Und ganz allgemein gilt, daß jeder Schritt nach vorn, daß jede Verbesserung der Staatsführung abgetrotzt werden mußte — von den Oppositionsgruppen und der Bevölkerung. So sind wir heute noch weit davon entfernt, daß der juristischen Beseitigung des Machtmonopols der SED endlich auch dessen tatsächliche Beseitigung folgt.

Die Folge von alledem ist eine tiefe Unsicherheit bei den Menschen in der DDR über ihre Zukunftsperspektiven. Das führt dazu, daß der Übersiedlerstrom nicht abreißt. Seit dem 1. Januar sind über 25.000 Landsleute aus der DDR zu uns in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Mit jedem Tag verschlechtern sich damit die Chancen zu einer nachhaltigen

Gesundung der Wirtschaft in der DDR. Denn die oft hochqualifizierten Arbeitskräfte, die weggegangen sind, werden in ihrer angestammten Heimat dringend gebraucht. Das Letzte, was sich die DDR jetzt aber leisten kann, ist ein weiterer Aderlaß.

Die Schuld an dieser Entwicklung tragen nicht die Menschen, die keine Perspektive für sich sehen, sondern ausschließlich und allein die SED mit ihrem bislang fehlenden Willen zu einem grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Wandel.

Die Bundesregierung appelliert an die gegenwärtige DDR-Führung, jetzt endlich zu begreifen, daß grundlegende politische und wirtschaftliche Reformen keinen Aufschub dulden. Zugleich versichert sie unseren Landsleuten, daß sie auf den unterschiedlichen Willen der Bundesregierung vertrauen können, einen grundlegenden Wandel nach Kräften zu fördern und zu unterstützen.

Die Bundesregierung bekräftigt deshalb erneut das Ziel ihrer Politik, auf freiheitliche und demokratische Verhältnisse und bessere materielle Lebensbedingungen in der DDR hinzuwirken, die den Wünschen der Menschen dort entsprechen. Nur so werden diejenigen, die eine Übersiedlung in die Bundesrepublik in Erwägung ziehen, dazu bewegt, in ihrer Heimat zu bleiben und beim Aufbau einer freiheitlichen politischen und wirtschaftlichen Ordnung mitzuhelfen.

Vergessen wir aber auch nicht, daß die Hoffnung auf Vollendung der Einheit Deutschlands in Freiheit für immer mehr Menschen in der DDR die entscheidende Perspektive für ihre Zukunft ist. Wer diese Hoffnung schmälert, fördert Resignation.

In zahlreichen Gesprächen und Vereinbarungen mit den Verantwortlichen in der DDR sind während der vergangenen

Wochen Entscheidungen getroffen oder Maßnahmen eingeleitet worden, die dem Prozeß der Reformen und der wirtschaftlichen Gesundung in der DDR Impulse geben sollen.

Einen wirtschaftlichen Aufschwung kann es nur geben,

- wenn sich die DDR unverzüglich für westliche Investitionen — das heißt für privates Kapital — öffnet,
- wenn sie die notwendigen Schritte zur Stabilisierung ihrer Währung unternimmt,
- wenn sie marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht.

Wer nicht will, daß die Menschen in der DDR entmutigt werden und in wachsender Zahl hierher übersiedeln, der darf jetzt keine Pause bis zum 6. Mai einlegen. Von unserer Seite darf nichts geschehen, was die Menschen in der DDR verunsichern könnte. Es wird deshalb auch bei dem für Anfang Februar vorgesehenen Besuch von Ministerpräsident Modrow bleiben. Eine Absage wäre ein falsches Signal. Stagnation kann nur Resignation fördern. Dies kann kein verantwortlicher Denker wollen.

Das Treffen wird Gelegenheit bieten, gerade auch die jetzt auftretenden — und von mir bereits angesprochenen — Probleme im Verhältnis der Regierung zur Opposition mit aller Deutlichkeit anzusprechen. Ein wesentlicher Punkt werden dabei das Wahlgesetz und die Frage der tatsächlichen Chancengleichheit für alle politischen Parteien und Vereinigungen im Hinblick auf die für den 6. Mai vorgesehene erste freie Wahl sein.

Maßgeblich für das Urteil der Bundesregierung ist, daß das neue Wahlrecht die Zustimmung der Opposition findet. Alle politischen Parteien müssen gleiche Chancen bei ihrer Betätigung und für den

Volker Rühle:

„Wer jetzt noch vom Sozialismus träumt, verstärkt die Flüchtlingswelle aus der DDR“

In der deutschlandpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag am 18. 1. 1990 erklärte der Generalsekretär der CDU, MdB Volker Rühle u. a.:

Wer versucht, die Misere, in der sich die Landsleute in der DDR befinden, auf individuelle Schuld einzelner Menschen

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Wahlkampf erhalten. Dies gilt insbesondere auch für die Präsenz der Oppositionsgruppen im Fernsehen, im Rundfunk und in den Zeitungen der DDR.

Der gegenwärtigen Regierung in der DDR fehlt die demokratische Legitimation. Sie kann sich nicht auf das Votum der Wähler in freien, gleichen und geheimen Wahlen stützen. Deshalb ist es ihre selbstverständliche Pflicht, sich um einen möglichst breiten Konsens mit der Opposition zu bemühen. Dies setzt voraus, daß die Opposition über die Vorhaben der Regierung rechtzeitig unterrichtet und am „Runden Tisch“ in den Prozeß der Entscheidungsfindung voll einbezogen wird.

Was die Bundesregierung anbetrifft, so werden wir gerade auch in den kommenden Wochen jede sich bietende Gelegenheit zu einem intensiven Gespräch mit den Vertretern von Oppositionsparteien und -gruppen in der DDR nutzen. Das gilt für den Bundeskanzler, das gilt für die Mitglieder des Bundeskabinetts, und es gilt selbstverständlich auch für mich selbst bei meinem Besuch in der DDR. ■

— und seien es auch die Bonzen der SED — zurückzuführen, macht einen großen Fehler. Schuld ist das System. Das System muß sich ändern, der Sozialismus muß weg.

Manche SED-Mitglieder zeigen ihre Verzweiflung und Betroffenheit über den Champagner und über die zehn Whiskey-sorten von Wandlitz. Ich sage Ihnen jedoch: Das Problem der DDR ist nicht der Champagner von Wandlitz, sondern die Schüsse an der Grenze und die Unfreiheit des Sozialismus.

Jetzt kommt es darauf an, daß wir in dieser schwierigen Situation, in der Menschen durch die Stasi neu verängstigt werden, Vertrauen schaffen. Deswegen sind die Gespräche mit der Regierung so wichtig.

Ich darf im übrigen daran erinnern: Als wir 1982 die Regierung übernommen haben, wurde angekündigt, wenn die CDU regiert, dann gibt es keine Kontakte mehr mit der Regierung in der DDR. Jetzt kommt der Vorwurf, es gibt zu viele Kontakte. Es zeigt sich, wie sich die Welt doch ändern kann. Herr Kollege Vogel, der Bundeskanzler muß diese Kontakte wahrnehmen, um zu einer Stabilisierung der Demokratisierung in der DDR beizutragen.

Die Menschen in der DDR lassen sich nicht wieder einsperren. Aber sie lassen sich auch nicht aussperren, nicht durch Sie und nicht durch Herrn Lafontaine, Herr Vogel.

Und Sie kommen nicht in erster Linie wegen unserer sozialen Leistungen und wegen unserer Solidarität, sondern wegen der Unfreiheit und wegen des Unrechtsstaates und wegen des falschen wirtschaftlichen Systems in der DDR.

Deswegen muß man sagen: Wer davon träumt, einen „dritten Weg“ in der DDR zu verwirklichen, wer wie Sie und Herr Lafontaine davon träumt, ein weiteres Experiment mit dem Sozialismus in Deutschland, in der DDR, zu unterstützen, wo die Menschen ja festgestellt haben, was 40 Jahre soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik und 40 Jahre Sozialismus in der DDR bedeuten, wer davon also träumt, der verstärkt die Flüchtlingswelle. Da müssen wir ansetzen!

Wenn alle Menschen auf einem Schiff auf eine Seite treten, geht dieses Schiff unter. Das gilt für die Situation in Deutschland, und deswegen fordern wir Sie auf: Helfen Sie uns bei dem unzweideutigen Kampf für die staatliche Einheit, für den Rechtsstaat und für die soziale Marktwirtschaft in der DDR, damit Freiheit und Wohlstand nach Dresden kommen können und nicht länger die Dresdner in die Freiheit fliehen müssen. Das ist die Antwort auf die Situation! . . .

Herr Dr. Vogel, wer nach der gemeinsamen Erklärung des Bundestages vom 8. November, einen Tag vor der Reise des Bundeskanzlers nach Polen, die Ihren Namen, den Namen des Vorsitzenden der FDP, den Namen des Vorsitzenden der CDU und den Namen des Vorsitzenden der CSU trägt, wer nach dieser gemeinsamen Erklärung und nach den Worten des Bundeskanzlers gestern in Paris weiterhin sagt, das sei eine unbefriedigende Auskunft zum Thema der polnischen Grenze, der muß sich wirklich sagen lassen, daß er versucht, mit dem Ganzen ein innenpolitisches Süppchen zu kochen. Das ist eine unangemessene Haltung . . .

Worum geht es in diesem Jahr, was die Bundesrepublik Deutschland angeht? — Überall gibt es Hilferufe, Bitten um Unterstützung von den jungen Demokratien in Mittel- und in Osteuropa und natürlich auch aus der DDR. Ich muß Ihnen sagen: Wir sollten uns nicht darüber beschweren, sondern wir sollten stolz darauf sein, daß wir zur Hilfe fähig sind, daß wir handlungsfähig sind. Wenn wir nicht 4 Prozent Wirtschaftswachstum hätten, wenn wir es in den letzten Jahren nicht geschafft hätten, 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen — im Augenblick die größte Zahl von Arbeitsplätzen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland — wenn wir nicht diese Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht hätten, wären wir hilflos.

Herr Dr. Vogel, deshalb sage ich Ihnen: Am Tage der Bundestagswahl werden viele Menschen in der DDR, aber auch zum Beispiel Reformsozialisten in Polen und Ungarn mindestens so bangen wie der CDU-Generalsekretär, daß ein Ergebnis herauskommt, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht zu einem Problem wird, sondern daß wir dabei bleiben, daß wir hilfsfähig sind, daß wir handlungsfähig sind, daß wir eine Politik machen, mit der wir anderen Menschen helfen können, den sicheren Weg zur Demokratie in Europa zu finden.

Wir müssen es unseren Landsleuten sagen: Wir tragen Verantwortung nicht nur für die Menschen in der Bundesrepublik. Es ist weit darüber hinaus entscheidend, daß unsere Wirtschaftspolitik gemacht wird und nicht etwa eine rot-grüne Wirtschaftspolitik.

Wir stehen am Beginn eines Jahres, das für die Deutschen schicksalhaft sein wird. Das Ziel lautet aus unserer Sicht, daß wir Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat, die staatliche Einheit für alle Deutschen, Freiheit und Selbstbestimmung für alle Europäer erkämpfen.

Nationale und internationale Verstärkung der Rauschgiftbekämpfung

Während die allgemeine Kriminalität wie schon 1988 auch im vergangenen Jahr rückläufig war, zeichnet sich bei der Rauschgiftkriminalität leider wieder eine Zunahme um mehr als zehn Prozent auf nahezu 95.000 Straftaten ab. Wir müssen alles daransetzen um 1990 auch bei der Rauschgiftkriminalität den Trend umzukehren.

Die deutschen Rauschgiftbekämpfungsbehörden waren 1989 erfolgreicher als je zuvor. Über zwei Tonnen harte Drogen konnten im Inland beschlagnahmt werden, mehr als das Doppelte des Vorjahres. Bei Kokain hat sich die sichergestellte Menge auf rund 1.400 kg fast verdreifacht. Bei Heroin war ein Anstieg um über 30 Prozent auf rund 710 kg zu verzeichnen. Ferner wurden 76 kg Amphetamin und mehr als elf Tonnen Cannabis sichergestellt. Dadurch konnten dem illegalen Markt mehr als 40 Millionen einzelne Konsumeinheiten entzogen werden.

International ist vor allem die Strategie der vorverlegten Bekämpfung weiter zu verfolgen. Zu diesem Zweck müssen wir die Erzeugerländer bei der Vernichtung von Mohn-, Koka- und Cannabisanpflanzungen unterstützen und ihnen bei der Förderung und Überwachung des Anbaus ökonomisch sinnvoller landwirtschaftlicher Ersatzprodukte und deren Vermarktung oder bei der Schaffung sonstiger Arbeitsplätze helfen. Nur mit einer dauerhaften Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des Drogenanbaus in den Erzeugerländern — verbunden mit dem Aufbau schlagkräftiger Bekämpfungseinheiten — kann eine grundlegende Eindämmung des Rauschgiftangebots erreicht werden.

Ein wichtiges Element der Vorverlegungsstrategie stellt das Netz der Rauschgiftverbindungsbeamten dar, deren Aufgabe darin besteht, einen gezielten und schnellen Informationsaustausch bei der Durchführung gemeinsamer taktischer Operationen sowie bei der Abstimmung der Bekämpfungskonzepte zu gewährleisten. Das Instrument der Rauschgiftverbindungsbeamten hat sich bewährt. Durch ihren Einsatz konnten 1989 nahezu 1,5 Tonnen harte Drogen im Ausland beschlagnahmt und 111 Rauschgift-

Bundesminister Wolfgang Schäuble zog in Bonn Bilanz über die Rauschgiftkriminalität 1989: Trotz bemerkenswerter Fahndungserfolge stieg die Zahl der Rauschgiftdelikte weiter an.

händler und -hersteller festgenommen werden.

Im polizeilichen Bereich müssen wir uns auf europäischer Ebene auf den Binnenmarkt vorbereiten. Dies geschieht im Rahmen der TREVI-Kooperation. Hier wird es vor allem darauf ankommen, die polizeiliche Zusammenarbeit durch Einrichtung einer europäischen Rauschgiftzentrale zu vertiefen sowie die Kontrolle und Überwachung der Außengrenzen zu verstärken, um zu verhindern, daß Rauschgift auf den europäischen Markt gelangt.

National hat die Erarbeitung eines Rauschgiftbekämpfungsplans im Konsens mit den Behörden des Bundes und der Länder, den Gemeinden, den Kirchen und allen in der Drogenarbeit tätigen

Organisationen besonderen Stellenwert. Der Plan soll im Juni in einer Nationalen Drogenkonferenz verabschiedet werden. Schwerpunkte dieses Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplanes werden

- die Verstärkung der Prävention,
- die Intensivierung der polizeilichen Rauschgiftbekämpfung und
- die Verbesserung des Behandlungsangebotes für Abhängige

sein. Schwerpunkte der polizeilichen Strategie ist die Bekämpfung der Organisatoren des Drogenhandels. Wir müssen ihnen ihre illegalen Profite abnehmen. Die Anlage der aus dem Rauschgifthandel erwirtschafteten schmutzigen Gelder ist für die Drogenhändler das größte Problem. Hier gilt es anzusetzen. Das Aufspüren und Abschöpfen der Drogengewinne erfordert auch die Mithilfe der Banken. Diese haben bereits signalisiert, daß sie sich ihrer Verantwortung nicht entziehen werden. Die Bundesregierung hat das Gesetzgebungsverfahren zur Einführung einer Vermögensstrafe für Drogenhändler und zur Verbesserung der Verfallsvorschriften (Gewinnabschöpfung) eingeleitet. Damit kann Drogenhändlern die finanzielle Basis künftig vollständig entzogen werden. Wir werden auch bessere Möglichkeiten zur vorläufigen Vermögensbeschlagnahme schaffen und die Geldwäsche unter Strafe stellen. Durch die eingeleiteten Maßnahmen wird der verhängnisvolle Kreislauf des illegalen Drogenhandels an der empfindlichsten Stelle getroffen.

Zur Durchdringung der auf Abschottung und Konspiration angelegten Tätergruppierungen braucht die Polizei verbesserte Ermittlungsinstrumente, wie den Einsatz verdeckter Ermittler, die Observation, den Einsatz technischer Mittel und systematisierte Rasterermittlungen schon unterhalb der Schwelle eines konkreten Verdachts. Die Bundesregierung wird das

Bundeskriminalamt in den nächsten vier Jahren um fast 400 Beamte verstärken. Die ersten 73 Planstellen wurden im Haushalt 1990 bereits bewilligt.

Die bereits Abhängigen brauchen unsere Unterstützung, um aus dem Teufelskreis der Sucht zu entkommen. Im Bereich von Behandlung und Rehabilitation sind neben einem Ausbau der Therapieplätze Verbesserungen im ambulanten Sektor erforderlich, damit Wartezeiten aufgehoben werden können. Die schwellenlosen Betreuungsmöglichkeiten sind mit Nachdruck zu erweitern. Wir brauchen mehr Offensive, aufsuchende Konzepte. Durch Vielfalt der Angebote soll jedem die Chance geboten werden, sich schneller von der Sucht zu befreien.

Wir alle sind uns darüber im klaren, daß es keine einfachen Lösungen für das Rauschgiftproblem gibt. Ich bin aber der festen Überzeugung, daß uns mit dem von mir beschriebenen Bündel nationaler wie internationaler Maßnahmen die Trendwende gelingen wird.

Zitat

Die SED ist immer noch die alte Partei. Sie hat einige Spitzenköpfe ausgewechselt, aber ihr Programm, ihre Gesinnung, ihre Grundhaltung sind unverändert. Deswegen ist es sehr schwierig, Vertrauen in die SED zu setzen und ihre Bereitschaft, echte freie Wahlen herbeizuführen.

Wir wollen allen denen helfen, die eine freiheitlich-demokratische Ordnung herbeiführen wollen und die die SED nun endlich von der Macht entfernen wollen. Das könnte am besten ein Bündnis aller demokratischen Kräfte gegen die SED tun.

Alfred Dregger in RTL

Norbert Blüm:

Gewinner der Gesundheitsreform sind die Beitragszahler

Am 1. 1. 1989 trat die Gesundheitsreform in Kraft. Sie war notwendig, sonst wäre unsere Krankenversicherung zusammengebrochen. Eine Verstaatlichung unseres freiheitlichen Gesundheitssystems wäre die Folge gewesen.

1. Erfolg: Beitragsentlastung

Gewinner der Gesundheitsreform sind die Beitragszahler. Denn der durchschnittliche Beitragssatz ist nicht nur Anfang 1989 mit 12,9 Prozent erstmals seit langem stabil geblieben; er ist zum Jahresbeginn 1990 sogar gesunken — auf 12,8 Prozent! Während die Ausgaben von 1984 bis 1988 um durchschnittlich 5,8 Prozent jährlich stiegen, sind sie 1989 erstmals in der Geschichte der gesetzlichen Krankenversicherung um rund 3 Prozent gesunken. Das sind gut 4 Milliarden DM weniger Ausgaben. Durch die günstige Entwicklung der Wirtschaft stiegen die Beitragseinnahmen um weitere gut 4 Milliarden DM. Die Krankenkassen werden also 1989 einen Einnahmeüberschuß von 8 bis 10 Milliarden DM erzielen.

Hinzu kommt die Entlastung bei rd. 15 Millionen Renten. Denn erstmals seit Jahren erhalten die Rentner zum 1. Juli 1990 eine volle Rentenanpassung, die sich durch die Erfolge der Gesundheitsreform sogar noch erhöht. Früher wurden die Rentenerhöhungen fast jedes Jahr durch die höheren Krankenversicherungsbeiträge der Rentner gekürzt. Jetzt

kommt die Rentenerhöhung den Rentnern ungeschmälert zugute. Durch niedrigere Krankenkassenbeiträge erhalten sie sogar einen Zuschlag. Durch den von 12,9 Prozent auf 12,8 Prozent gesunkenen Beitragssatz bekommen die Rentner allein von Mitte 1990 bis Mitte 1991 rd. 100 Mio. DM mehr auf die Hand. Ohne Reform hätten sie 700 Mio. DM weniger in den Taschen. Auch das ist ein Erfolg der Gesundheitsreform.

Ohne die Reform wäre der Beitragssatz 1989 auf 13,5 Prozent und 1990 auf rund 14 Prozent gestiegen. Dank der Reform blieb der Beitragssatz 1989 stabil. Anfang 1990 ist er auf 12,8 Prozent gesunken, und bis Ende 1990 wird er auf 12,6 Prozent fallen. Ohne unsere Reform hätten die Beitragszahler 1989 rund 5,2 Milliar-

Auszug aus der Regierungserklärung von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, über die Erfolge der Gesundheitsreform am 18. Januar 1990

den DM und 1990 rund 12,5 Milliarden DM mehr zahlen müssen. Durch die Reform zahlen die Beitragszahler allein in diesen beiden Jahren 17,7 Milliarden DM weniger.

Und die Entlastung wird sich fortsetzen: 1991: 17,25 Mrd. DM; 1992: 21,7 Mrd. DM; 1993: 26,6 Mrd. DM; 1994 über 30 Mrd. DM. Insgesamt summiert sich der Entlastungsbeitrag für die Beitragszahler

dann auf 115 Mrd. DM — eine beachtlich große Summe.

Einem Durchschnittsverdiener mit 3.500 DM brutto brachte die Gesundheitsreform im Jahre 1989 eine Entlastung von rund 120 DM. Dieses Jahr bringt sie ihm rund 300 DM. Monat für Monat hat er jetzt 25 DM weniger zu zahlen, weil wir die Reform gemacht haben. 300 DM im Jahr — das ist mehr, als die meisten Versicherten durch neue Zahlungen, so z.B. 1,25 DM für eine Massage, als Selbstbeteiligung aufzubringen haben.

Ohne Gesundheitsreform müßte ein Durchschnittsverdiener bereits Mitte der 90er Jahre Monat für Monat rd. 150 DM oder pro Jahr 1.800 DM mehr an seine Kasse abführen — und zwar als schlechende Selbstbeteiligung durch steigende Beiträge. Denn Beiträge sind auch Selbstbeteiligung.

Steigende Beitragssätze sind die schlechende Enteignung der Arbeitnehmer. Ihre Löhne werden sozialisiert, ihr Leistungswille wird stranguliert. In jedem Fall sind steigende Beitragssätze die unsozialste Form der Selbstbeteiligung. Durch uns sind die Beitragszahler die Gewinner.

2. Erfolg: Neue Leistungen

Pflege: Für 630.000 Schwerpflegebedürftige und ihre Helfer bieten wir Verbesserungen an: seit Januar 1989 einen Pflegeurlaub und ab Beginn des nächsten Jahres Pflegegeld oder häusliche Pflegeleistungen. 60.180 stille Samariter haben für den Pflegeurlaub eine finanzielle Hilfe erhalten. Gegenüber 1988 sind das **60.180 Menschen mehr**, denen konkret geholfen wurde.

Vorsorge: Ausbau der Vorsorge stärkt die Eigenverantwortung der Versicherten. Rd. eine Mrd. DM wird mehr für Gesundheitsvorsorge ausgegeben.

3. Erfolg: Stärkung der Selbstverwaltung

Gewinner sind auch die Krankenkassen. Sie erhalten mehr Gestaltungsrechte im Gesundheitssystem als je zuvor. Die Gesundheitsreform ermöglicht der Krankenversicherung, Festbeträge festzulegen. Die Erfolge im Arzneimittelbereich sind bekannt.

Das Instrument Festbetrag erweist seine Nützlichkeit auch in anderen Bereichen. So zahlen die Kassen mittlerweile in fast allen Bundesländern Festbeträge für Hörgeräte, die zumeist gut 20 Prozent unter den bisherigen Vertragspreisen liegen — mit der Folge, daß die Anbieter ihre Preise drastisch gesenkt haben. In Hamburg liefert ein wettbewerbsbereiter Hörgeräteakustiker das durchschnittliche Hörgeräte sogar um 30 Prozent günstiger.

Jeder Brillenträger konnte feststellen, daß mit Inkrafttreten der Gesundheitsreform zahlreiche modische Brillengestelle für den neuen Erstattungsbetrag von 20 DM zu haben sind.

Selbst bei Rollstühlen ist der Preiswettbewerb in Gang gekommen, und zwar noch bevor die ersten Festbeträge in Kraft getreten sind.

Die Gesundheitsreform ermöglicht den Krankenkassen, Versorgungsverträge mit unwirtschaftlichen Krankenhäusern zu kündigen, sowie die Errichtung eines Medizinischen Dienstes in eigener Regie und Verantwortung. Die Krankenkassen haben mehr Mitspracherechte bei der Anschaffung und Plazierung neuer moderner medizinischer Großgeräte erhalten. Neu für die Krankenkassen ist auch der Prüfdienst Krankenversicherung. Er hilft ihnen, Wirtschaftlichkeitsreserven im eigenen Unternehmen aufzuspüren.

4. Erfolg: Sicherung des medizinischen Fortschritts

Die Leistungen der modernen Spitzenmedizin stehen allen Bundesbürgern zur Verfügung: ob Sozialhilfeempfänger, Arbeiter, Angestellter oder Direktor. Wer Spitzenmedizin finanzieren will, muß allerdings auf die Finanzierung von Luxus- und Bagatellmitteln durch die Solidargemeinschaft verzichten.

5. Erfolg: Verbesserung der Pflegeberufe

Ohne die vorhandenen und noch zu erwartenden Ersparnisse durch die Gesundheitsreform wäre die tarifliche Verbesserung in der Krankenpflege so nicht möglich gewesen. Sie belasten die Krankenkassen mit insgesamt 4 Mrd. DM. Stellenpläne werden verbessert. Ausfallzeiten für Urlaub und Krankheit werden in die neuen Anhaltzahlen eingebaut.

6. Erfolg: Soziale Rücksichtnahme

Die Gesundheitsreform ist Politik mit Augenmaß und sozialer Rücksichtnahme. Sozial- und Überforderungsklausel schützen die sozial Schwächeren. Die Sozialklausel befreit sie völlig von Zuzahlungen bei Rezeptgebühren, Heilmitteln, Fahrkosten und Zahnersatz. Von diesen Zuzahlungen sind 1990 alle Versicherte mit einem Einkommen von 1.316 DM befreit. Kommt ein weiteres Familienmitglied hinzu, liegt der Betrag bei 1.809,50 DM, bei jedem weiteren Angehörigen erhöht sich diese Schutzklausel um 329 DM.

Eine Familie mit zwei Kindern muß also bis zu einem Monatseinkommen von 2.467,50 DM keine einzige Mark für Rezeptgebühren, Heilmittel, Fahrkosten und Zahnersatz zuzahlen.

Aber auch oberhalb der Sozialklausel ist jedermann vor Überforderung geschützt. Höchstens 2 Prozent des Einkommens muß zuzahlen, wer weniger als 56.700 DM (1989: 54.900 DM) verdient. Höchstens 4 Prozent muß zuzahlen, wer mit seinem Einkommen darüber liegt. Was im Jahr 1989 an Zuzahlungen über 2 bzw. 4 Prozent hinausgegangen ist, wird spätestens in diesen Wochen von den Krankenkassen zurückerstattet. Wer nicht bereits im Laufe des Jahres 1989 von Zuzahlungen befreit wurde — also z. B. chronisch Kranke —, sollte jetzt einen „Jahresausgleich für Zuzahlungen“ beantragen, wenn er mehr als 2 Prozent bzw. 4 Prozent seines Jahreseinkommens aufgewendet hat.

Hat beispielsweise ein Ehepaar mit zwei Kindern bei einem Jahreseinkommen von 37.500 DM mehr als 409 DM zugezahlt, so erstattet ihm die Krankenkasse alles, was darüber ist, zurück. Das gab es vor der Reform nicht — wohl aber gab es Zuzahlungen.

Unsere Gesundheitsreform ist das ausgewogene Konzept eines Sozialumbaus, mit dem Solidarität und Eigenverantwortung ins Gleichgewicht gebracht werden.

Die Gesundheitsreform — mitten in der Umsetzung

Wir stehen mit der Gesundheitsreform mitten in der Umsetzung. Die ersten Schritte sind erfolgreich getan. Weitere Umsetzungsschritte müssen folgen. Unabhängig davon müssen jedoch einige konkrete Probleme jenseits der Gesundheitsreform gelöst werden. Ich denke an die Verbesserung der Organisationsstruktur, an die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit unserer Krankenhäuser, an eine die Qualität der ärztlichen Ausbildung sichernde Zahl von Medizinstudenten und an ein Gesamtkonzept Pflege.

Konsequente und mutige Politik von Norbert Blüm

Zur Regierungserklärung von Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm über die Gesundheitsreform erklärt der Vorsitzende des Bundesausschusses Sozialpolitik der CDU Hermann-Josef Arentz MdL:

Die Bilanz ist das Ergebnis einer konsequenten und mutigen Politik von Norbert Blüm, der das Gemeinwohl und die Zukunftssicherung eines der wichtigsten Sozialgesetze der Bundesrepublik Deutschland gegen Gruppen- und Klientelinteressen durchgesetzt hat.

Die Bilanz beschämt SPD, Gewerkschaften, Ärztfunktionäre- und Pharmedebatten, die mit maßlosen und teilweise unehrlichen Kampagnen gegen die Gesundheitsreform zu Felde gezogen sind. Norbert Blüm kann stolz auf das Erreichte sein. Für diejenigen, die mit beispielloser Sozialdemagogie gegen die Gesundheitsreform gehetzt haben, ist Blüms Bilanz eine schallende Ohrfeige.

Das Gesundheitsreformgesetz wird in die Geschichte der Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland eingehen. Der qualifizierte Aus- und Umbau des Sozialstaates, die Lösung neuer drängender Aufgaben, z. B. der Pflege, und gleichzeitig die Stabilisierung der Kosten sind zentrale Aufgaben einer modernen und zukunftsorientierten Sozialpolitik. Die Gesundheitsreform ist dafür ein gelungenes Beispiel.

Die Bundestagsdebatte zeigte, daß die Opposition, mit der SPD an der Spitze, nicht in der Lage ist, eine faire Bilanz der Gesundheitsreform zu ziehen. Die polemischen Angriffe auf Reform und Norbert Blüm sind ein untauglicher Versuch, die auch von neutraler Seite erklärten „erste Erfolge“ der Reform vergessen zu lassen.

EG-Hilfsfonds sollen Chancengleichheit für demokratische Kräfte in Ost- und Mitteleuropa ermöglichen

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) und die Fraktion der Europäischen Demokraten (Konservative) wollen im Europäischen Parlament einen Antrag zur Errichtung eines „Fonds für Demokratie in Europa“ einbringen.

Dies gab der EVP-Fraktionsvorsitzende Egon A. Klepsch in Straßburg bekannt. Damit soll allen neuen demokratischen Kräften in der DDR und in anderen Ländern Ost- und Mitteleuropas die Möglichkeit gegeben werden, „überhaupt erst in die Nähe einer Chancengleichheit mit den etablierten Parteien zu kommen“.

Nach einer Fraktionswoche in Berlin und Gesprächen mit dem Demokratischen Aufbruch, der CDU in der DDR, der CSDP und den evangelischen Kirchen, zeigte sich der Fraktionsvorsitzende überzeugt davon, daß die SED-PDS versucht, die neuen Kräfte in „manipulatorischer Weise“ um ihre Erfolgchancen zu bringen.

Die meisten Staaten Ost- und Mitteleuropas werden in den nächsten sechs Monaten freie Wahlen abhalten, die das Ende einer 40jährigen Unterdrückung und den Aufbruch in eine Ära der Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie bedeuten, betonte Egon Klepsch. Den neuen demokratischen Kräften mangle es jedoch an grundlegender technischer und materieller Ausstattung. Hier müßten die EG-Mitgliedstaaten ihre Verantwortung für die Verankerung der Demokratie in Ost- und Mitteleuropa erkennen und sofort Hilfe leisten.

Wirtschaft auch 1990 auf Rekordkurs

Der Jahreswirtschaftsbericht 1990 zeigt, daß sich der Aufschwung in diesem Jahr weiter fortsetzt.

- Unternehmensinvestitionen und Inlandsnachfrage geben kräftige Impulse für das weitere Wachstum, das mit rund 3 Prozent veranschlagt wird;
- die Zahl der Erwerbstätigen steigt weiter um ca. 300 000;
- die Arbeitslosigkeit wird 1990 nicht weiter steigen, aber auch nicht nennenswert zurückgehen, denn stärker als die Nachfrage könnte das Angebot an Arbeitskräften zunehmen;
- Facharbeitermangel nicht nur auf dem Bau, sondern auch im verarbeitenden Gewerbe wird für viele Unternehmen zum Engpaßfaktor;
- die Preise dürften mit rd. 2,5 Prozent weiter stabil bleiben.

Eine zentrale Verantwortung für eine weitere positive Wirtschaftsentwicklung kommt den Tarifpartnern zu. Sollte es infolge überzogener Tarifabschlüsse zu einem deutlichen Lohnkostenschub kommen (Lohnerhöhung + Arbeitszeitverkürzung), wird dies auf die Wirtschaftsentwicklung nicht ohne Wirkung bleiben.

Der Jahreswirtschaftsbericht stellt u. a. fest:

- Zu Beginn des Jahres 1990 befindet sich die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland in glänzender Verfassung.
- Die Zahl der Erwerbstätigen war 1989 so hoch wie nie zuvor in der Nachkriegszeit (Ende 1989 rd. 28 Millionen).
- Wir haben einen außergewöhnlichen Abschnitt in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland.
- Ende 1989 lag das Bruttosozialprodukt real um mehr als 1/5 höher als Ende 1982 (+21,6 Prozent).

- Mit 4 Prozent wurde 1989 das höchste reale Wirtschaftswachstum der 80er Jahre erzielt.
- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist gut. Qualität und hoher technischer Stand der deutschen Erzeugnisse sind international gefragt.
- Die Staatsfinanzen sind solide. Die vielfältige Kritik an der Konsolidierungspolitik, die sogar im Vorwurf des „Kaputtsparens“ gipfelte, wurde durch die günstige Wirtschaftsentwicklung eindeutig widerlegt.
- Im Wettbewerb der Systeme wurden die Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft erneut eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Es ist daher nur verständlich, daß diese Wirtschafts- und Sozialordnung, die ein hohes Maß an individueller Freiheit, sozialer Ausgewogenheit und Effizienz gewährleistet, bei den Staaten Mittel- und Osteuropas auf der Suche nach einer menschenwürdigen Ordnung zunehmend Beachtung findet.

Förderung für Künstler in DDR

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der Vorsitzende des Gesprächskreises Kulturpolitik, Bernd Neumann, die Bundesregierung aufgefordert, schon im Nachtragshaushalt 1990 Mittel für die Erhaltung von Baudenkmalern in der DDR bereitzustellen und den bestehenden Fonds zur Förderung zeitgenössischer Kunst aufzustocken und den Empfängerkreis auf Künstler in der DDR auszuweiten. Am Plan eines Deutschen Historischen Museums in Berlin solle festgehalten werden.

Zitat

Soziale Kälte

Das Reden über die Wiedervereinigung war für Egon Bahr noch vor wenigen Wochen politische Umweltverschmutzung. Der Entwurf des SPD-Parteiprogramms, der in Bremen beraten werden sollte, enthielt nichts zur deutschen Frage. Die Deutschlandpolitik der SPD war vor der Revolution auf die Stabilisierung des Honecker-Regimes gerichtet. Die SPD, unterstützt von den öffentlich-rechtlichen Medien, gaukelte uns ein geschöntes Bild der DDR vor, einer DDR, die es zu einigem Wohlstand gebracht habe, in der die Mieten niedrig seien und Vollbeschäftigung herrsche. Gleichzeitig wurde eine wachsende Armut in der Bundesrepublik — gemessen an der Zahl der Sozialhilfeempfänger — gebrandmarkt. Daß ein Sozialhilfeempfänger in der Bundesrepublik mehr Kaufkraft hat als ein vollbeschäftigter Facharbeiter in der DDR, hörte man nie.

An eine Wiedervereinigung mochte die SPD nicht denken, weil dann das sozialistische Musterland DDR dem Kapitalismus anheimgegeben worden wäre. Die Revolution und die Öffnung der Genzen haben diese Politik zu Makulatur werden lassen. Inzwischen lassen sich die Zustände in der DDR — die jedem Fachmann längst bekannt waren — nicht länger verschleiern. Der Sozialismus ist seit langem gescheitert; erst jetzt wird die Tatsache den meisten offenbar. Aufgegeben haben die Sozialisten freilich nicht. Schon gibt es eine neue Sprachregelung: Die DDR hat nicht etwa den Sozialismus realisiert; sie hat ihn vielmehr verraten. Nicht der Sozialismus ist gescheitert, sondern nur der Stalinismus. Jetzt gilt es, den wahren Sozialismus demokratisch und mit menschlichem Antritt zu verwirklichen.

Die falschen Propheten von gestern treten ungeniert als die wahren Propheten von heute auf. Wenn doch nur einer von ihnen sagen könnte, wie denn der wahre Sozialismus aussieht, welches seine Institutionen, seine Gesetze, seine Verfassung wären — dann könnte man wenigstens rational darüber diskutieren. Bisher wissen wir nur, daß es in 110 Ländern dieser Erde sozialistische Experimente gegeben hat. Es gab sie in ganz alten Kulturen wie China und Birma, in ganz jungen wie Tansania und Moçambique. Sie fanden auf ganz verschiedenen Entwicklungsstufen statt — in Subsistenzwirtschaften wie Guinea oder Äthiopien, in Industrieländern wie der DDR und der ČSSR. Der Sozialismus wurde in allen Teilen der Welt erprobt und in Ländern mit fast allen religiös-moralischen Traditionen — Christentum, Buddhismus, Islam, Konfuzianismus, Antimismus. Das Ergebnis war und ist überall Unterdrückung und Armut.

(aus „Wirtschaftswoche“ vom 19. 1. 1990)

Gespräch mit dem CVJM

Zu einem Meinungsaustausch über Möglichkeiten der Förderung der Jugendarbeit in der DDR trafen am 11. Januar 1990 in Bonn Vertreter des CVJM-Gesamtverbandes in Deutschland e. V. mit dem Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU zusammen. Der Generalsekretär des CVJM, Ulrich Parzany, wies auf die langjährige Zusammenarbeit zwischen dem Gesamtverband des CVJM und der Evangelischen Jungmännerwerke in der DDR hin.

Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Ruth Hieronymi, stellte fest, daß die derzeitige Lage schnelle und praktische Hilfen erfordere, vor allem eine angemessene finanzielle Unterstützung von Begegnungsseminaren junger Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland.

Verbesserung im Wohnungsbau durch neue Baunutzungsverordnung

Das Bundeskabinett hat am 10. Januar 1990 die von Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt im Juni des vergangenen Jahres vorgelegte neue Baunutzungsverordnung endgültig verabschiedet. Die erneute Beschlußfassung war erforderlich geworden, weil der Bundesrat seine am 21. Dezember 1989 erteilte Zustimmung an verschiedene Änderungswünsche geknüpft hatte.

Die neue Baunutzungsverordnung tritt einen Tag nach der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in Kraft; dies soll noch im Januar geschehen.

Bundesministerin Hasselfeldt erklärte hierzu: „Dem Ausbau von Dachgeschossen und geeigneten Untergeschossen stehen jetzt keine bundesrechtlichen Vorschriften mehr im Wege. Die Beseitigung der baurechtlichen Hemmnisse für den Wohnungsbau ergänzt die bereits wirksamen finanziellen Förderungsmaßnahmen für den Dachausbau. Neben erhöhten steuerlichen Abschreibungen können zinsverbilligte Kredite in Anspruch genommen werden.“

Keinen Einfluß habe die Bundesregierung auf eine andere praktische Hemmschwelle für den Dachausbau, die landesrechtlichen Parkplatzanforderungen. Deshalb appelliere sie eindringlich an die Länder, Dachausbauten auch dann zu genehmigen, wenn Parkplätze weder geschaffen noch abgelöst werden können.

Die neue Baunutzungsverordnung enthält unter anderem folgende wichtige Verbesserungen:

1. Es wird klargestellt, daß Altenpflegeheime in reinen Wohngebieten zulässig

sind. Hier können künftig auch Gemeinschaftsunterkünfte für Aussiedler und Asylanten sowie andere Sozialeinrichtungen, zum Beispiel Kindergärten, ausnahmsweise zugelassen werden.

2. Die Gemeinden erhalten bessere Möglichkeiten, die Ansiedlung und Ausbreitung von zum Beispiel Spielhallen und Diskotheken zu beeinflussen. Insbesondere kann künftig auch in sogenannten nicht beplanten Innenbereichen verhindert werden, daß Vergnügungsstätten in der Nachbarschaft von Wohngebieten, Kirchen, Schulen und sozialen Einrichtungen errichtet werden.

3. Die Zulässigkeit von Sportanlagen wird deutlich erweitert. Sie sind künftig nicht nur in den Zentren der Städte und Gemeinden, sondern auch in den allgemeinen Wohngebieten zulässig. Auf Verlangen des Bundesrates können Sportanlagen, die den Bedürfnissen der Bewohner des Gebietes dienen, ausnahmsweise auch in reinen Wohngebieten zugelassen werden.

4. Große Bedeutung für den ländlichen Raum hat die Neufassung der sogenannten Dorfgebietsvorschrift. Zum einen wird das Dorfgebiet stärker als bisher für Wohnungen, Gewerbe- und Handwerksbetriebe geöffnet. Zum anderen wird die Position der landwirtschaftlichen Betriebe gestärkt. Wer in einem Dorfgebiet wohnt, muß auf die Belange der Land- und Forstwirtschaft besonders Rücksicht nehmen.

Erstmals im Bundesrecht wird eine Obergrenze für die Versiegelung der Baugrundstücke festgelegt. Danach muß auch in den Fällen, in denen eine ver-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Keine Gebührenerhöhung bei der Post

Zur Zeit wird in den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages der Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes“ beraten. In Konsequenz der Poststrukturreform und als deutscher Beitrag zur Harmonisierung der Umsatzsteuer in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft wird durch diesen Gesetzentwurf die DBP Telekom in drei zeitlichen Stufen in die Umsatzsteuer einbezogen, und zwar:

- zum 1. Juli 1990 die Überlassung und Instandhaltung von Endstelleneinrichtungen (zum Beispiel Telefonapparaten),
- zum 1. Januar 1993 alle weiteren Wettbewerbsdienste (zum Beispiel TELEX, TELEFAX, TEMEX) und
- zum 1. Januar 1996 die restlichen Leistungen, zu denen insbesondere die Fernsprechsätze gehören.

Über dieses Gesetzesvorhaben ist in der Presse verschiedentlich, zum Teil auch unzutreffend, berichtet worden. Dies hat bei vielen Postkunden die Sorge vor Gebührenerhöhungen ausgelöst. Diese völlig unbegründete Sorge gilt es zu zerstreuen. Richtig ist nämlich, daß die schrittweise Einbeziehung der Telekom in die Umsatzsteuer keineswegs zu

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

dichtete Bebauung angestrebt wird, ein bestimmtes Maß an begrünbarer Fläche erhalten bleiben.

Bundesministerin Hasselfeldt erklärte dazu: „Es liegt nunmehr an den für den Vollzug der neuen Baunutzungsverordnung verantwortlichen Ländern und Gemeinden, die neuen gesetzlichen Möglichkeiten wirksam zu nutzen.“ ■

Gebührenerhöhungen führen wird, stellt Gerhard O. Pfeffermann, MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Post und Telekommunikation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Im Zuge der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen der Deutschen Bundespost und dem Bund wird anstelle der bisherigen, umsatzbezogenen, Ablieferung nach und nach eine ertragsbezogene Steuer treten. Ungeachtet der dadurch für eine Übergangszeit verbundenen Doppelbelastung durch Ablieferung und Steuern wird die Deutsche Bundespost die Gebühren für ihre Leistungen nicht ändern.

Neu ist, daß der Mehrwertsteueranteil in den Rechnungen ausgewiesen wird. Damit sind alle (ihrerseits) mehrwertsteuerpflichtigen Kunden der Telekom in der Lage, Vorsteuer abzuziehen. Das heißt: Für alle vorsteuerabzugsberechtigten Kunden der Deutschen Bundespost, das macht etwa die Hälfte der Umsätze aus, führt die Einbeziehung der Telekom in die Umsatzsteuer sogar zu einer Kostensenkung. Bei einer Weitergabe dieser finanziellen Vorteile an die Kunden wäre sogar eine Absenkung des allgemeinen Preisniveaus möglich.

Weniger Porto für Rumänien-Pakete

Vom 1. Februar an wird das Porto für Pakete nach Rumänien billiger. Das Bundeskabinett hat beschlossen, auf den Porto-Anteil der Bundespost vorerst zu verzichten. So reduziert sich das Porto für ein Paket zwischen drei und fünf Kilogramm von bisher 24,20 Mark auf 12,20 Mark oder für ein Paket zwischen zehn und 15 Kilogramm von 42,20 auf 25,20 Mark.

Mehr Geld auf dem Konto

Die Steuerreform

A-Z

CDU
 Die Zukunft

Die meisten Arbeitnehmer haben inzwischen ihren Lohn oder das Gehalt auf Konto überwiesen bekommen und feststellen können, daß sich die Steuerreform für sie ausgezahlt hat. Die Bundesregierung hat Wort gehalten: Das Gros der Arbeitnehmer zahlt deutlich weniger Steuern als bisher. Wer mehr wissen will: beim **IS-Versandzentrum, Postfach 1328, in 4804 Versmold**, stehen die „Gehaltsabrechnung“ mit konkreten Entlastungsbeispielen der Steuerreform sowie das kleine aktuelle Steuerlexikon „Die Steuerreform A-Z“ den Gliederungen der Partei zur Verteilung zur Verfügung.

„Die Steuerreform von A bis Z“

Bestell-Nr.: 5212

Mindestabnahme: 50 Exempl.

Preis pro Mindestabnahme: 18,— DM.

Gehaltsabrechnung

Bestell-Nr.: 2213

Mindestabnahme: 250 Exempl.

Preis pro Mindestabnahme: 42,— DM.

Lohn-/
Gehaltsabrechnung

Mit der Bitte
um Kenntnisnahme
Ihre **CDU**

P-Nr.

AGS

Abrechnungszeitraum

01.-31.01.1990

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Jetzt im Versandzentrum!

Der Aufkleber und das Plakat mit dem Aufdruck „Wir sind ein Volk“ sind jetzt in beliebiger Auflage beim IS-Versandzentrum erhältlich

Aufkleber

Bestell-Nr.: 9210

Mindestbestellmenge: 200 Expl.

Preis je 200 Expl.: 20,— DM

Plakat DIN A1

Bestell-Nr.: 7211

Mindestbestellmenge: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 30,— DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

UID

3/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.